



2,59 Milliarden Euro mehr im Gesundheitsetat

Von Steffen Döring

Die Zahl des Monats in der Gesundheitswirtschaft im September ist beeindruckend: 2,59 Milliarden Euro. So viel soll der

Die Bundesregierung plant eine Erhöhung des Gesundheitsetats um 2,59 Milliarden Euro für das Jahr 2025. Diese Mittel sollen die Herausforderungen im Gesundheitswesen adressieren und den Gesamtetat auf rund 19,3 Milliarden Euro anheben.

Keywords: Gesundheitspolitik, Finanzierung

Gesundheitsetat der Bundesregierung für das Jahr 2025 steigen, um die Herausforderungen im Gesundheitswesen zu bewältigen. Diese Erhöhung bringt den Gesamtetat auf rund 19,3 Milliarden Euro, wie aus dem Kabinettsentwurf für den Einzelplan 15 im Bundeshaushaltsplan hervorgeht.

Ein Blick auf die Verteilung der Mittel zeigt, dass der größte Teil der Ausgaben in die Zuwendungen des Bundes an den Gesundheitsfonds fließt. Hier sind 14,5 Milliarden Euro für die pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben vorgesehen. Diese Mittel finanzieren versicherungsfremde Leistungen wie die beitragsfreie Familienmitversicherung und Leistungen für Schwangerschaft und Mutterschaft.

2025 sind zudem 2,3 Milliarden Euro für Investitionen in Form eines überjährigen Darlehens an den Gesundheitsfonds eingeplant. Damit summieren sich die Ausgaben in der Gesetzli-

chen Krankenversicherung auf 16,8 Milliarden Euro.

Erheblich mehr Geld wird im Kapitel Pflegevorsorge veranschlagt, mit Gesamtausgaben von rund 581 Millionen Euro für 2025, im Vergleich zu knapp 80 Millionen Euro 2024. Allein 500 Millionen Euro sind für ein überjähriges Darlehen an den Ausgleichsfonds der Sozialen Pflegeversicherung vorgesehen.

Weitere wichtige Posten umfassen die Bereiche Prävention und Gesundheitsverbände, wo weniger Mittel vorgesehen sind, mit Gesamtausgaben von rund 959 Millionen Euro (2024: rund 1,09 Milliarden Euro). Für die Finanzierung der Pandemiebereitschaftsverträge stehen rund 336 Millionen Euro zur Verfügung (2024: rund 486 Millionen).

Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen Sars-Cov-2 schlagen mit rund 427 Millionen Euro zu Buche (2024: rund 346 Millionen). Für Modellprojekte zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Long-Covid stehen 15 Millionen Euro zur Verfügung (2024: 7 Millionen Euro).

Das Kapitel Forschungsvorhaben und -einrichtungen weist Ausgaben in Höhe von rund 173 Millionen Euro aus (2024: rund 176 Millionen). Neu im Haushalt 2025 sind Mittel als Anreiz für die Ansiedlung und den Erhalt von Wirkstoffherstellungsstätten in Deutschland in Höhe von rund 16,7 Millionen Euro.

Für das internationale Gesundheitswesen stehen rund 132 Millionen Euro zur Verfügung (2024: knapp 134

Millionen), darunter rund 59 Millionen Euro für die Stärkung der internationalen öffentlichen Gesundheit. Die Beiträge an internationale Organisationen bleiben mit rund 36,3 Millionen Euro etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Diese Zahlen verdeutlichen die Prioritäten der Bundesregierung im Gesundheitsbereich und die Notwendigkeit, die Mittel effizient einzusetzen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu sichern und zu verbessern. Die Erhöhung des Gesundheitsetats ist ein wichtiger Schritt, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. ■

Steffen Döring
Partner

SteffenDoering@kpmg.com
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft